

**Kommunalpolitisches  
Programm  
für die Stadt Trier**

**Original sozial.**

**DIE LINKE.**  
Trier-Saarburg

# INHALT

Vorwort	2
---------	---

## **FÜR EINE SOZIALE STADT**

1	Schul- und Bildungspolitik	4
2	Arbeits- und Wirtschaftspolitik	6
3	Sozialpolitik	8
4	Kommunale Seniorenpolitik	10
5	Kommunale Haushaltspolitik	12

## **FÜR EINE ÖKOLOGISCHE STADT**

6	Stadtentwicklungspolitik	14
7	Ver- und Entsorgungspolitik	16
8	Verkehrspolitik	18
9	Tourismuspolitik	20
	Schlusswort	21

# VORWORT

---

Im Mittelpunkt unseres kommunalpolitischen Handelns stehen die Menschen und ihre konkreten Lebensbedingungen, zu denen besonders die Bereiche Arbeit, Bildung, soziale Sicherung, demografischer Wandel, Verkehrsstrukturen sowie Stadtentwicklung und Verbraucherschutz gehören. DIE LINKE sieht die Kommunen als die wichtigsten Träger der öffentlichen Dienstleistungen und notwendigen Infrastrukturen.

Wir wollen durch ein zivilgesellschaftliches Engagement die Stadt Trier und ihre Stadtteile so gestalten, dass die dort lebenden Menschen politisch nicht bevormundet werden, sondern durch nachhaltige und partizipatorische Entscheidungsprozesse soziale und demokratische Verbesserungen ihres Lebensraums erfahren können.

Darum sind wir auf die Mitarbeit einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers in Trier angewiesen sowie auf tatkräftige Kooperation der verschiedenen Netzwerke (z.B. AGF, Multikulturelles Zentrum), dem Trierer Sozialforum, den Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen (Gegen Rechts!). Aber auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit den verschiedensten lobbyistischen Interessenverbänden aus Kultur und Wirtschaft, aus Handel und Handwerk suchen wir aktiv. Selbstverständlich streben wir auch eine gute, kooperative und verlässliche Zusammenarbeit mit den im Trierer Stadtparlament vertretenen Parteien an. Auch in Trier schlagen nicht nur LINKE Herzen links.

Es versteht sich von selbst, dass zahlreiche Projekte,

die auf kommunaler Ebene realisiert werden sollen, tatsächlich nur dann eine Chance zur konkreten Verwirklichung haben, wenn die übergeordneten Institutionen von Land und Bund Gesetze gestalten, die den Bedürfnissen der Menschen, die in den Kommunen leben, auch gerecht werden. Unser kommunalpolitisches Wahlprogramm DIE LINKE. Stadt Trier 2009 spricht darum auch immer wieder übergeordnete politische Ebenen an, die an der Politikgestaltung teilhaben, z.B. die Fraktion DIE LINKE im Bundestag und den Landesverband DIE LINKE. Rheinland-Pfalz.

Mit unserem kommunalpolitischen Wahlkampfprogramm für 2009 verfolgen wir das Ziel, unverkennbare LINKE Themenschwerpunkte in die Kommunalpolitik in Trier erkennbar zu machen. DIE LINKE in der Stadt Trier geht davon aus, dass diese Themenschwerpunkte zu realisieren nötig sind, um das Leben gemeinsam lebenswert zu gestalten.

Auf welche kommunalpolitischen Schwerpunkte DIE LINKE in der Stadt Trier setzt, entnehmen Sie bitte den folgenden Themenfeldern.

Die Kreisvorsitzenden

Katrin Werner  
Dr. Johannes Verbeek

Trier, den 11. 12. 2008

# SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK

---

Schule und Erziehung darf nicht nach dem Vorbild und wirtschaftlichen Belieben konkurrierender Unternehmen zersplittert werden. Bildung ist ein öffentliches Gut. Der Unterricht soll statt auf kurzfristig verwertbarem Wissen wieder auf umfassende Bildung setzen. Das vom Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz vorgelegte Schulreformprogramm ist unzureichend, weil sowohl die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen als auch die Umsetzung der "Realschule plus" kommunalpolitisch unterlaufen werden kann, wogegen sich DIE LINKE wendet. Dagegen begrüßen wir und unterstützen auch jede Form von Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen, im Sinne eines "zweiten" Bildungswegs zur Erlangung höherer Bildungsabschlüsse. Dazu gehören auch ein längeres, gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem, das auch ein ganztägiges Lernen ermöglicht. Wesentlich kleinere Klassenmessenzen für Schüler/innen sind dazu unerlässlich: nicht mehr als 15 Schüler/innen pro Klasse an den Grundschulen, nicht mehr als 20 in der 'Realschule plus', nicht mehr als 25 Schüler/innen pro Klasse an Gymnasien. Jährliche Klassenfahrten für schulpflichtige Kinder und Jugendliche sollen ein verbindlicher Bestandteil des staatlichen Bildungsangebotes sein. Kinder und Jugendliche sollen mindestens einmal im Jahr ein kulturelles Angebot außerhalb der Schule nutzen können. Das Hauptziel unserer kommunalen Bildungspolitik liegt in der Unterstützung und politischen Realisierung einer neuen, "Integrierten Gesamtschule" (IGS) in Trier. Wir unterstützen alle Kräfte, die "eine Schule für Alle" fordern, in der alle Kinder gezielt gefördert sowie ihre

Defizite erkannt und pädagogisch abgebaut werden. Eine solche Schule erhöht die Chancengleichheit besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Die Schließung von Grundschulen lehnen wir grundsätzlich ab, auch wenn dafür gleichzeitig und ersatzweise neue Schulen in Neubaugebieten gebaut werden sollen.

Bildung umfasst mehr als Schule. Bildung beginnt in der Kinderkrippe, im Kindergarten, umfasst Aus- und Weiterbildung. DIE LINKE fordert einen Bildungskanon, der alle Lebensphasen umfasst. Aus diesem Grund soll jedes Kind das Recht auf eine ganztägige, gebührenfreie Betreuung in kindergerechten Einrichtungen erhalten. Für die Aus- und Weiterbildung fordert DIE LINKE die Einbeziehung von Arbeitgebern, gemäß ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl (s. Artikel 14 Abs. 2 GG).

Die berufliche Ausbildung ist ein Grundrecht. DIE LINKE strebt an, dieses Recht im Grundgesetz zu verankern. Wenn Arbeitgeber und Unternehmer argumentieren, dass viele Jugendliche den schulischen Ansprüchen an eine Ausbildung nicht genügen würden, dann müssen die wahren Ursachen dafür erforscht werden. Jugendlichen Auszubildenden oder Schule und Lehrern dieses Problem alleine anzuhängen, greift zu kurz. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass schulische und betriebliche Bildung besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Dass Trierer Betriebe nicht genügend ausbilden, liegt somit nicht primär bei den Jugendlichen. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen um eine überbetriebliche Ausbildung.

# 2

## ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

---

Für die städtische Arbeits- und Wirtschaftspolitik ist ein integrativer und ressortübergreifender Politikansatz erforderlich. DIE LINKE fordert eine weitgehende Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik sowie Arbeits- und Sozialpolitik, um bessere Standortvoraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und soziale Arbeitsmarktbedingungen zu schaffen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gründet sich auf ein "Qualitatives Wachstum". Dafür muss das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch entkoppelt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe, Recycling von Wert- und Abfallstoffen, kurze Verkehrswege sind einige der Indikatoren, dieses Ziel zu erreichen. Nachhaltige Wirtschaftspolitik, so fordert DIE LINKE, soll qualitatives Wachstum, den Schutz natürlicher Ressourcen sowie Arbeitsplatzentwicklung und -sicherheit mit einander verbinden.

DIE LINKE fordert, die bisherige wirtschaftliche Produktionspalette konsequent um die Bereiche Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe zu erweitern. An diesen Vorgaben hat sich städtische Wirtschaftspolitik zu orientieren und gemeinsam mit Landesmitteln sind entsprechende Förderprogramme aufzustellen, die vor allem den Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) nutzen würden. Die energetische Sanierung von Wohnraum und Häusern kann als guter Beleg herangezogen werden. Nach Aussage der Handwerkskammer Trier schaffen jeweils fünf zu sanierende Einfamilienhäuser einen Arbeitsplatz.

Weitere Arbeitsmarktpotenziale sind in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Weiterbildung, im öffentlichen Verkehr zu erwarten. Hier sind Voraus-

setzungen zu schaffen, damit diese neuen Dienstleistungsangebote weiter entwickelt werden können. DIE LINKE sieht in der Ausschöpfung dieser Potenziale eine große Chance für die Ausweitung eines qualifizierten Arbeitsplatzangebots. Dazu sind entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote erforderlich.

DIE LINKE tritt dafür ein, im "öffentlichen Beschäftigungssektor" (ÖBS) dauerhafte, sozial und tariflich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Im Bereich dieses großen "Non-Profit-Sektors" soll Beschäftigung mit sozialer und ökologischer Ausrichtung öffentlich gefördert werden. Die würdelosen "Ein-Euro-Jobs" können dadurch restlos abgeschafft werden. Zudem soll zur Bewältigung gesellschaftlich-notwendiger Arbeiten auch privatwirtschaftliches Engagement im ÖBS-Sektor steuerlich begünstigt werden. DIE LINKE setzt sich, gemeinsam mit unseren Bundes- und Landesebenen, für eine Aufhebung des sogenannten Örtlichkeitsprinzips ein. Damit soll das Betätigungsverbot der Kommunen über ihre Ortsgrenzen hinaus aufgehoben werden. Dadurch wird es z.B. den Stadtwerken ermöglicht, ortsübergreifend wirtschaftliche Tätigkeiten auf neuen Geschäftsfeldern auszuüben, was für Arbeitsplätze und Innovationen sorgen wird.

Waren und Dienstleistungen aus kommunaler Versorgung sowie örtlichen Wirtschaftsunternehmen sind wesentliche Faktoren nachhaltigen Wirtschaftens, welches durch Verbraucherschutz ergänzt wird. Durch den Verbraucherschutz gewinnt nicht nur der Kunde, sondern auch der Produzent, da er durch gute Produkte sowohl Image (s. Arbeitsplätze), aber auch den Absatz steigern kann. Ein kommunales Gütesiegel ist daher anzustreben.



# 3

# SOZIALPOLITIK

---

Der Abbau der fortgeschrittenen sozialen Ungleichheit muss höchste Priorität haben. Hierzu kurz und knapp: Hartz IV muss weg - es trifft uns auch direkt in den Kommunen.

Die Kinderarmut muss auch in der Stadt Trier überwunden werden. Nach den Regeln der EU gilt jedes 5. in Deutschland lebende Kind als arm. Wir setzen uns für ein breites gesellschaftliches Bündnis vieler Sozialpartner in Trier ein (z.B. Sozialforum Trier). Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert daher eine Kindergrundsicherung, wodurch in naher Zukunft alle Kinder aus der Sozialhilfe herausgeholt werden können. Denn jedem Kind - auch in Trier - soll ein monatlicher Zugang zu 420,- Euro ermöglicht werden. Durch diesen Umbau des bestehenden Kinderzuschlags würden in der Bundesrepublik Deutschland 2,1 Millionen Familien mit 3,1 Millionen Kindern profitieren. Finanzierbar wird der kalkulierte Betrag von 3,5 Milliarden Euro durch Einsparungen bei Sozialgeld und Arbeitslosengeld II. Das beste Rezept gegen Arbeitslosigkeit von morgen ist die Armutsverhinderung von heute. Mit der wachsenden Kompliziertheit der Sozialgesetzgebung, dem mangelndem Fachwissen vieler Sachbearbeiter und dem gestiegenem Interesse an Einsparungen von Seiten der Stadt, muss die Notwendigkeit der Aufklärung und eine unabhängige Beratung der Sozialhilfeberechtigten oberste Priorität haben.

DIE LINKE will eine deutliche Intensivierung der kommunalen Jugendarbeit erreichen. Dazu gehören bedarfsgerechte Jugendhäuser in den Stadtteilen ebenso wie die Förderung von Vereinen, die eine besondere Jugendarbeit leisten. Präventivarbeit zur Verhinderung von Jugendkriminalität sowie mehr und besser ausgebildete "Streetworker" sind unabdingbar.

Die Aufklärung über gesundheitliche Risiken muss gefördert werden.

Ein Hauptschwerpunkt unserer Sozialarbeit in Trier soll auf der Einführung eines ‚Sozialtickets‘ liegen, das DIE LINKE politisch anregen und praxisnah umsetzen will. Gespräche mit den Verantwortlichen der Stadtwerke sowie mit dem Oberbürgermeister von Trier wurden dazu schon Anfang des Jahres 2008 geführt. Miteinbegriffen muss eine Verbesserung der breiten Nutzung des ÖPNV in Trier für Behinderte sein.

Der Sozialpass soll Hartz-VI-Empfängern, Sozialgeldbezieher, Sozialhilfe- und Grundsicherungsbezieher nach SGB II und XII, Wohngeldbezieher sowie Senioren mit geringer Rente und Niedriglohnbezieher die Teilhabe am soziokulturellen Leben der Gemeinde ermöglichen. Der Sozialpass ermöglicht vor allem die kostenlose Nutzung des ÖPNV sowie Vergünstigungen in Schwimmbädern, beim Theater, in Museen und Ausstellungen, etc. Eine Politik des Sozialabbaus, wie sie derzeit auf Landes- und Bundesebene praktiziert wird, befördert rechtsextremistische Ideologien und damit einhergehende Ausländerfeindlichkeit. Kommunale Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrantpolitik sind allerorten zu verstärken. DIE LINKE setzt sich für mehr Menschlichkeit in der Stadt ein, so dass das "Ausreisezentrum" in Trier so schnell wie möglich geschlossen wird. DIE LINKE in Trier arbeitet daher sehr eng mit den Bündnispartnern des Multi-Kulturellen-Zentrums in Trier zusammen. Die Altersdiskriminierung bei der Kreditvergabe durch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute muss umgehend zurückgenommen werden. Wir fordern diejenigen Kommunalpolitiker aller Parteien auf, die in den entsprechenden Aufsichtsratsgremien sitzen, sofort zu handeln.

# 4

# KOMMUNALE SENIORENPOLITIK

---

Der demografische Wandel wird die zukünftige Entwicklung in Deutschland zunehmend prägen. Für die Kommunen bedeutet dies eine zusätzliche Herausforderung, denn die Demografiedebatte darf nicht zu Lasten unserer älteren und älter werdenden Bürgerinnen und Bürger gehen. So dürfen nicht aktive und wohlhabende ältere Menschen ausschließlich auf ihre "Verwertbarkeit" als Konsument, die unterstützungsbedürftigen und in ihrer Mobilität eingeschränkten Älteren als "Fürsorgefälle" gesehen werden. DIE LINKE fordert, dass der Anspruch, Senioren als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger zu behandeln, auch Realität wird. Sie haben ein Anrecht auf ein selbstbestimmtes Leben, das sie gleichzeitig mitgestalten wollen. Die häufig missbräuchliche Benutzung des Demografiebegriffs führt in der Konsequenz unweigerlich zu mehr Sozialabbau, Privatisierung sozialer Risiken und Entsolidarisierung.

Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die kreativer Lösungen bedarf. Ältere Menschen sind dabei als ihre eigenen Experten für alle sie tangierenden Lebensbereiche einzubeziehen und an diesen Prozessen zu beteiligen. Die Kommunen müssen eine vorausschauende Seniorenpolitik gestalten. Dazu bedarf es zunächst eines positiven und realistischen Alten- und Altersbild in der Kommunalpolitik. Die Gruppe der Seniorinnen und Senioren ist ebenso heterogen wie Mitbürgerinnen und Mitbürger in anderen Lebensphasen auch. Eine kommunale Seniorenpolitik muss deshalb auch die persönlichen Biografien, den sozialen und ökonomischen Status, Bildung, Kultur, Gesundheitszustand, Behinderung, Migrationshintergrund berücksichtigen. Wichtig sind dabei die

Verwirklichung eigener Ansprüche nach Wohn- und Lebensformen, Aufbau von Kontaktmöglichkeiten, das Ausleben von Bedürfnissen und Interessen.

DIE LINKE in Trier fordert deshalb den Ausbau einer altengerechten Infrastruktur, die die Teilhabe am kommunalen bzw. gesellschaftlichen Leben ermöglicht:

- politische Qualifizierungsangebote, um die eigenen Rechte in Politik und Gesellschaft besser vertreten zu können,
- Integration in die Gesellschaft nach Ausscheiden aus dem Berufsleben, Bereitstellung an Erfahrungen und erlebten historischen Ereignissen,
- Schutz vor Altersarmut und Rücknahme des Renteneintrittsalters von 67 Jahren (faktische Rentenkürzung),
- bessere Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Erwerbsleben, z.B. durch Qualifizierungsangebote,
- barrierefreie Verkehrs- und Wohnungspolitik, die sich am seniorengerechten Bedarf orientieren,
- Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege nicht an kommerziellen Interessen ausrichten, sonst entscheidet der Geldbeutel diese Versorgung.

DIE LINKE will, dass eine humane und menschenwürdige Seniorenpolitik in der Stadt Trier umgesetzt wird. DIE LINKE fordert daher eine an der Daseinsvorsorge der Menschen orientierte Seniorenpolitik. Dies kann nur als kommunale Aufgabe wahrgenommen werden. Das gesellschaftliche Solidarprinzip, was insbesondere in der Seniorenpolitik zum Tragen kommen muss, darf nicht dem neoliberalen Privatisierungswahn, der die sozialen Sicherungssysteme aushöhlt, unterworfen werden.

# 5

## KOMMUNALE HAUSHALTSPOLITIK

Kommunale Haushalte müssen ausreichend finanziert werden, wenn ihnen übergeordnete Aufgaben zugewiesen werden. Es muss dem "Ausbluten" der Haushalte ein Riegel vorgeschoben werden. Die Kommunen müssen sich ihrerseits (mit den kommunalen Spitzenverbänden) auf eine Reform der Gemeindefinanzen verständigen (Revitalisierung der Gemeindesteuer, etc.).

DIE LINKE fordert jeweils eine verbindliche Prioritätenliste für Bauprojekte, die eine mittel- und langfristige Finanzierung erfordern. Neue Projekte werden hinten angestellt, sie müssen nachrücken. Dadurch wird eine Entkoppelung politischer Finanzierungsplanungen von der Notwendigkeit zeitnah zu Handeln erreicht.

Verfassungsrechtlich muss zwingend verankert werden, dass diejenige staatliche Ebene, die neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen will, auch für deren vollständige Finanzierung gerade stehen muss. Mischfinanzierungen haben sich nicht bewährt. Bestehende Mischfinanzierungen sind zurückzuführen, neue zu vermeiden. Bereits bereitgestellte Finanzmittel sind entsprechend der neu abgegrenzten Aufgabenzuordnung zu verteilen.

DIE LINKE setzt sich für die schrittweise Einführung eines Bürgerhaushalts in Trier ein. Ebenso fordern wir die Einführung eines Sozialtarifs für die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas.

Die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer soll durch

Einbeziehung unabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden.

Die Steuerpflicht soll auf alle Freiberufler solidarisch ausgedehnt werden. Dieser Personenbereich soll die neue Steuerlast mit der Einkommenssteuer verrechnen können.

Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleinere und mittlere Unternehmen und Betriebe unmittelbar profitieren. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten für Verlustvor- und -nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach deutlich begrenzt werden.

Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft. Die Grundsteuer ist unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange zu modernisieren. Längst veraltete Bewertungsgrundlagen sind durch eine realistische und gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abzulösen.

# 6

# STADT- ENTWICKLUNGS- POLITIK

Erhalt und Entwicklung der Stadtzentren sowie der städtischen Kerne sollten ein wesentliches Element der Langzeitstrategie unsere Stadtentwicklung sein. DIE LINKE in Trier will die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt durch ihre kinder- und altengerechte Entwicklung (z.B. mehr Grün- und Erholungsflächen) verbessern. Dazu gehört auch die "Befreiung" von Fußgängerzonen vom Autoverkehr (z.B. in der Neustraße).

Weitere Baulandausschreibungen im Außenbereich der Stadt vermehren den Leerstand in der Innenstadt und verursachen einen weiteren kostspieligen Ausbau der Infrastrukturnetze. Sie sind für einen nachhaltigen Stadtumbau kontraproduktiv. Dazu genügt es nicht die Stadtteile Trier-West und Trier-Nord zu sozialen Dauerbrennpunkten zu zementieren, um Landeszuschüsse in Millionenhöhe nach Trier umzuleiten. Zwar werden durch die Landeszuschüsse ein professionelles Quartiermanagement ermöglicht. Jedoch benötigt jeder Stadtteil und jedes Quartier in Trier ein entsprechendes "Management". Erst dann wird der gesamtstädtische Raum zum urbanen Erlebnisraum mit hohen Identifikationswerten für die Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesem Grund will sich DIE LINKE für eine Institutionalisierung eines professionellen Quartiermanagement in jedem einzelnen Stadtteil einsetzen. Als Vorbild könnte dabei das "Quartiermana-

gement" auf dem Petrisberg herangezogen werden: die "Petrisberg-Entwicklungs-Gesellschaft", an der die Stadt Trier Mehrheitsanteile hält. Das böte Gewähr, die Entwicklung der einzelnen Stadtteile und die Umsetzung der Stadtteilrahmenplanungen voran zu treiben und die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form weiterhin an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Schließlich waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen gewesen, sich mit ihrem Votum zur Stadtentwicklung zu äußern. Die Schwerpunkte dieser Stadteitarbeit sollen in Absprache mit den Ortsbeiräten durchgeführt werden. DIE LINKE setzt sich für eine partizipative Selbstverwaltung in den Stadtteilen Triers ein.

Kommunen können Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern, die Miet- und Betriebskostenentwicklung dämpfen, eine Aufwertung des Wohnumfeldes durch Stadtumbau und Quartiersmanagement organisieren. DIE LINKE fordert daher gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften, die für die sozialpolitischen und städtebaulichen Aufgaben innerhalb einer Kommune unverzichtbar sind, um auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Wohnraum soll in Trier bezahlbar sein. Die Stadt Trier wird aufgefordert, die Häuser und Wohnanlagen, die in ihrem Besitz sind, menschenwürdig zu sanieren und keinesfalls zu privatisieren.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass keine weiteren Bebauungen der Frisch- und Kaltluftschneisen der Stadt Trier von Stadtrat beschlossen werden. Das Olewiger Tal, der Kleeburger Weg und das Brettenbach Tal dürfen nicht weiter bebaut werden, damit die ökologisch wichtigen Frisch- und Kaltluftzufuhrschneisen für die Innenstadt erhalten bleibt.

Die zahlreichen ehemaligen Militärgelände in und um Trier sollen zügig konvertiert werden. Sie sollen entweder für urbanen Erholungsraum, Stadtteilzentren/-arbeit oder einer umweltverträglichen wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.



# 7

## VER- UND ENTSORGUNGS- POLITIK

Ver- und Entsorgung (Energie, Abfall und Wasser) ist eine fundamental wichtige Voraussetzung für das Zusammenleben der Menschen und für die Entwicklung von Wirtschaftsstandorten. Vor allem aber müssen die Ver- und Entsorgungsleistungen in der öffentlichen Hand beibehalten werden. Wo privatisiert wurde, muss re-kommunalisiert werden, um eine demokratische Kontrolle über die Versorgungsstrukturen, das Angebot und die Preise für diese Leistungen zu erhalten. DIE LINKE fordert insbesondere im Bereich der Leitungen (Energie, Wasser) eine Politik der dezentralen Versorgung zu verfolgen, am besten in autarken kommunalen Verbänden. DIE LINKE fordert für den kommunalen Bereich der Ver- und Entsorgung mehr Bürgerbeteiligung in den Gremien. Die kommunalen Politiker sollen in ihren Entscheidungen nicht allein gelassen werden. Ähnlich der Fahrgastbeiräte im ÖPNV fordert DIE LINKE "Beiräte in Fragen der Ver- und Entsorgung", aber mit Stimmrecht.

Energie, Abfall und Wasser werden immer mehr zu Schwerpunkten zukünftiger Kommunalpolitik. Die Ver- und Entsorgungspolitik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Aus diesem Grund tritt DIE LINKE für eine nachhaltige, sparsame und ressourcenschonende Ver- und Entsorgungspolitik ein. Vor allem gilt es dabei, die Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 verstärkt zu unterstützen. Nachhaltige Umweltprozesse sollen vorangetrieben werden. Eine konsequente Energiewende in Trier soll bis spätestens zum Jahr 2040 Energiebereiche durch eine zu 100

Prozent regenerative Versorgung aus heimischen Ressourcen absichern. Unabhängige "Energie-Agenturen" sollen auch in den Trierer Stadtwerken Beratungen zu Gunsten der Stromverbraucher durchführen können. DIE LINKE fordert einen effizienten Umgang mit Energieressourcen, sowohl in der Versorgung als auch beim Verbrauch von Energieleistung.

DIE LINKE tritt für einen Energiepass ein. Die Kosten für Energiesanierung von Häusern muss aber sozial verträglich gesteuert werden, d.h. es müssen günstige kommunale Kredite, ohne wirtschaftliche Prüfungen der Antragsteller, gewährt werden. Gleichzeitig muss der unübersichtliche Förderdschungel für Energiesanierung gelichtet werden. Energiesanierung - einhergehend die Energieeinsparung - ist schließlich keine private, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. DIE LINKE fordert, Aufklärung und Information zu Energiefragen und -einsparungen zu finanzieren.

Wir unterstützen die Planungen und die politische Umsetzung einer Bürger-Solar-Anlage in Trier. Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als Energiequelle ist unabdingbar. DIE LINKE in Trier lehnt grundsätzlich Beteiligungen der Stadtwerke an ökologisch schädlichen Kohlekraftwerken ab. Die damit einhergehende "Philosophie" der unterirdischen CO<sub>2</sub>-Verklappung ist ebenso abzulehnen, weil diese "Technologie" - wenn überhaupt - erst weit nach 2030 zur Verfügung stehen könnte. Für die Erreichung der von der Weltklimakonferenz (IPCC) bis 2020 vorgegebenen Klimaziele ist es dann zu spät. Außerdem ist die Kostenfrage noch nicht einmal angedacht worden.

Abfälle sind Wertstoffe. Was der Bürger hinterlässt, lässt sich wieder verwerten. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass nicht nur die Abfuhr in kommunaler Hand bleibt, sondern auch die Verwertungslinien. Dadurch können die Kosten für die Entsorgung günstig gehalten werden. DIE LINKE lehnt daher jede Art der Privatisierung kommunaler Entsorgung und Verwertung von Abfallstoffen ab.

# 8

# VERKEHRSPOLITIK

Die städtische Verkehrspolitik muss sich in erster Linie an Klimazielen sowie an den Erfordernissen der Bewohner orientieren. Zu den Grundforderungen der LINKEN gehört, dass der weitere Ausbau des motorisierten Individualverkehrs (mIV) gestoppt wird. Das bedeutet konkret, dass DIE LINKE jeden Neubau von Parkhäusern ablehnt. Der Grund dafür ist einfach: zum einen gibt es ausreichenden Parkraum im Stadtgebiet, zum anderen sollten die Verantwortlichen dieser Stadt Besucherkonzepte entwickeln, die zur stärkeren Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) führen, z.B. über stärkeren Einsatz von Park&Ride-Verkehr (P&R). Gleichermäßen sind regelmäßig Partikel- und Abgasmessungen - insbesondere im Sommer - durchzuführen. Die gesundheitlichen Belastungen durch den Autoverkehr sind für die Trierer Bürgerinnen und Bürger sowie für die touristischen Besucherinnen und Besucher nachgewiesener Maßen zu hoch.

DIE LINKE fordert deshalb die Stärkung des nichtmotorisierten Individualverkehrs (Fahrradverkehr, zu Fuß gehen) ebenso wie den ÖPNV, oder kurz gesagt: den UMWELTVERBUND, mit den Maßgaben

- die Busanbindungen in die Stadtteile zu verdichten (mehr Fahrten, höher Taktzeiten),
- die seit Jahren brachliegende Umsetzung eines Stadtbahnkonzepts mit attraktiven innerstädtischen Haltepunkten fortzuführen,
- mehr grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehr nach Luxemburg einzufordern,
- das Radewegenetz in Trier grundlegend neu zu erarbeiten,
- eine verträgliche und abgestimmte Nutzung der

Fußgängerzonen für den Fahrradverkehr zu ermöglichen,

- die bereits im Zuge der Landes-Gartenschau (2004) vorgestellte Umfahrung von Kürenz zu realisieren,
- die Verkehrsplanung an Siedlungsschwerpunkten sowie an bestehenden Verkehrsinfrastrukturen auszurichten,
- den ÖPNV als "Aufgabe der Daseinsvorsorge" zu gestalten: von der erschwinglichen Preisgestaltung bis zum Sozialticket,
- weniger "Stop& Go" vor Ampelanlagen, d.h. durch abgestimmte Grünphasen den motorisierten Fließverkehr zu fördern,
- kurze Ampelwartezeiten für Fußgänger zu schalten sowie kurze Fußwegverbindungen einzurichten,
- Tempo 30 und weitere Verkehrsberuhigungen in den Stadtteilen Vorrang in der städtischen Verkehrsplanung einzuräumen,
- die Schülerbeförderung während der gesetzlichen Schulpflicht kostenfrei zu gestalten,
- den Straßenraum und die Fußgängerzonen sowie die Nutzung des ÖPNV durchgehend barrierefrei zu gestalten,
- Parkplätze "kinderwagenfreundlich" anzulegen, um auch größere Gegenstände (nicht nur Kinderwagen) ausladen zu können.

Zum im Bau befindlichen Gewerbepark an der Eurener Straße vermisst DIE LINKE ein umweltverträgliches und an den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern in Trier-West orientiertes Verkehrskonzept.

Trier hat bekanntlich ein großes touristisches und kulturelles Potenzial. Die Tourismusbranche ist in Trier ein Wirtschaftsfaktor, der nicht vernachlässigt werden darf. Die Förderung von Festivals, Events, Theateraufführungen, die vor allem unser kulturelles Erbe thematisieren, wird von der LINKEN unterstützt, da sie nicht nur allein der Unterhaltung, sondern auch der historischen Illustrierung von ca. 2000 Jahre Geschichte dienen. Vor dem Hintergrund der realen Sozialfakten zählen für DIE LINKE in Trier jedoch nicht allein die wirtschaftlichen Erfolgsdaten, sondern genauso die Auswirkungen touristischer Angebote auf Erholung, Gesundheit und Bildung, besonders derjenigen, die aus einkommensschwachen Familien kommen. Dies ist gekoppelt an unserem Anspruch von LINKER Politik, dass alle Menschen einen Anspruch auf Erholung haben. Es müssen attraktive und bezahlbare touristische Angebote, auch für einkommensschwache Menschen, in Trier ausgebaut werden.

Der starke Konkurrenzdruck, dem die Unternehmen in der Tourismusbranche ausgesetzt sind, darf nicht zur Schwarzarbeit und nicht zu Dumpinglöhnen für die Beschäftigten im Freizeit-, Hotel-, Transport- und Gaststättengewerbe führen. DIE LINKE fordert einen einheitlichen, flächendeckenden und Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn, auch in der Tourismusbranche.

Die jährliche durch Trier führende Auto-Rallye lehnt DIE LINKE ab, da kein allgemeiner sozialer und kultureller Nutzen erkennbar ist. Im Gegenteil: die ökologischen Schäden und nachhaltige Beschädigung des positiven Stadtimages stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand.

# SCHLUSSWORT

DIE LINKE in Trier versteht sich als Teil einer sozialistischen Bewegung, die in Deutschland und anderswo in der Welt eine lange Tradition hat, welche nicht zuletzt von Trier aus im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm: Gesellschaftliche Umstände "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtetes Wesen ist" (Karl Marx), wollen wir überwinden. Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft, die die Überwindung von Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen als notwendig erachtet (s. Artikel 14 und 15 GG).

Global denkend- lokal handelnd tritt DIE LINKE in Trier für eine soziale Stadt ein, in der Bildung für alle da ist und niemand von der Kinderkrippe bis zur Ausbildung durch die Lücken des Bildungssystems fallen soll. DIE LINKE in Trier streitet für eine soziale und ökologische Stadt, in der der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) als öffentliche Daseinsvorsorge verstanden wird und in der durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) nachhaltige Arbeitsplätze gefördert werden. DIE LINKE in Trier steht für eine offene und partizipative Stadt, in der transparent mit öffentlichen Geldern umgegangen wird.

DIE LINKE in Trier tritt ein für mehr Menschlichkeit in der Stadt, in der niemand sozial ausgegrenzt wird.

DIE LINKE - für ein soziales und ökologisches Trier!

Nur mit uns - DIE LINKE 2009!

[www.Die-Linke-Trier.de](http://www.Die-Linke-Trier.de)